

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ingrid Fischbach, Maria Eichhorn, Dr. Maria Böhmer, Antje Blumenthal, Klaus Brähmig, Thomas Dörflinger, Markus Grübel, Siegfried Helias, Ernst Hinsken, Gerlinde Kaupa, Werner Lensing, Walter Link (Diepholz), Laurenz Meyer (Hamm), Michaela Noll, Rita Pawelski, Ruprecht Polenz, Hannelore Roedel, Dr. Andreas Scheuer, Angela Schmid, Willi Zylajew und der Fraktion der CDU/CSU

**zu der Unterrichtung der Bundesregierung
– Drucksache 15/4970 –**

Nationaler Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005 bis 2010

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Nationale Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland“ soll für die Bundesregierung ein Fahrplan für eine kinderfreundliche Politik in Deutschland sein, ein Fahrplan für einen Weg, auf dem „viele Etappen schon erfolgreich zurückgelegt wurden“. Fast zeitgleich belegen die aktuellen Zahlen des Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (vgl. Bundestagsdrucksache 15/5015), der erst vor wenigen Wochen veröffentlicht wurde, sehr deutlich, dass die Bundesregierung von dieser Verpflichtung noch weit entfernt ist.

In über sechs Jahren Amtszeit ist es der Bundesregierung nicht gelungen, eine Trendwende in der Armuts- und Reichtumsentwicklung zu erreichen. Die rot/grüne Bundesregierung wollte durch eine grundlegend andere Sozial-, Wirtschafts- und Bildungspolitik in Deutschland für mehr Beschäftigung, weniger soziale Ausgrenzung und weniger Armut sorgen. Arbeitslosigkeit ist die Hauptursache von Armut und sozialer Ausgrenzung. Die Bundesregierung sieht zwar in der Arbeitsvermittlung, insbesondere für allein Erziehende, die beste Armutsbekämpfung, hat aber bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit völlig versagt. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich unter der rot/grünen Bundesregierung von 3,9 Millionen (Oktober 1998) auf heute 5,2 Millionen (März 2005) dramatisch erhöht. Bei den unter 25-Jährigen hat sich die Arbeitslosigkeit von 470 000 im Jahr 1998 auf heute 665 000 erhöht – eine Steigerung um 200 000 junge Menschen. Gerade für Jugendliche ohne Schulabschluss oder beruflicher Ausbildung ist die Gefahr, arbeitslos zu werden, besonders hoch. Der Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss liegt im Bereich des Arbeitslosengeldes II bei rund 28 Prozent. Eine Folge ist, dass die Bundesagentur für Arbeit und damit der Beitragszahler im März 2005 für 116 000 Jugendliche berufsvorbereitende Maßnahmen bereitgestellt hat, um die Jugendlichen überhaupt ausbildungsfähig zu machen. Diese Maßnahmen kosten jährlich über 1 Mrd. Euro.

Im Nationalen Aktionsplan für ein kindgerechtes Deutschland ist zu lesen: „Als wichtigste internationale Verpflichtung betrachtet die Bundesregierung die signifikante Reduzierung von Armut. Ihr Handeln orientiert sich ganz wesentlich an der Millenniumserklärung, die auf dem Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen im September 2000 beschlossen wurde“. Das Ergebnis nach sechs Jahren rot/grüner Politik ist erschreckend. Kinder und Jugendliche haben das höchste Armutsrisiko.

So sind 15 Prozent der Kinder unter 15 Jahren und jeder fünfte Jugendliche zwischen 16 und 24 Jahren (19,1 Prozent) nach dem jüngsten Armuts- und Reichtumsbericht betroffen. Der Anteil ist seit 1998 um 4,2 auf 19,1 Prozent angestiegen. Jedes achte Kind lebt heute auf dem Sozialhilfeniveau. Viele von ihnen leben bei allein erziehenden Eltern. Seit dem Regierungsantritt von Rot/Grün in 1998 liegt die Armutsquote bei allein Erziehenden unverändert hoch bei 35 Prozent. Statt diese Eltern finanziell besser zu unterstützen, hat die Bundesregierung den seinerzeit von der Union eingeführten Haushaltsfreibetrag für allein Erziehende gestrichen. Gerade für diese Personengruppe ist die verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung mit immer weniger Arbeitsplätzen besonders belastend. Neben der Politik ist auch die Deutsche Wirtschaft aufgefordert, die Perspektiven der jungen Generation zu verbessern. Dazu zählen vor allem ausreichende Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche.

Um den Teufelskreis von Armut und Arbeitslosigkeit für junge Menschen durchbrechen zu können, sind Investitionen in Bildung und Ausbildung unserer jungen Generation von entscheidender Bedeutung. CDU und CSU setzen sich daher bereits seit vielen Jahren für eine qualitativ und quantitativ bessere Betreuung für Kinder aller Altersstufen ein. Kernpunkt der Familienpolitik von CDU und CSU ist die Wahlfreiheit für Eltern. Aufgabe des Staates ist es, den Eltern möglichst viele Handlungsoptionen für ihre Lebensgestaltung und für die Erziehung ihrer Kinder zu eröffnen.

Gerade die geplante Einführung des Elterngeldes widerspricht dem Prinzip einer bedarfsgerechten Förderung und verstößt gegen den Grundsatz der Wahlfreiheit. Die Verknüpfung der Gewährung von Elterngeld an die Verpflichtung beider Elternteile, zumindest teilweise Elternzeit in Anspruch zu nehmen, greift in die Entscheidungsfreiheit der Eltern ein, selbstbestimmt die Familienarbeit aufzuteilen. Das Elterngeld verstößt aber auch gegen den Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit. Das bisherige Erziehungsgeld ist eine Anerkennung der Erziehungsleistung der Eltern. Als Anerkennung für die Erziehungsleistung wird das Erziehungsgeld allen Eltern in gleicher Höhe gewährt, soweit gesetzlich festgelegte Einkommensgrenzen nicht überschritten werden. Das Elterngeld hingegen begünstigt höhere Einkommensgruppen. Dies ist sozial ungerecht und widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Erziehungsleistung einer Krankenschwester/eines Krankenpflegers dem Staat weniger wert sein sollte als die Erziehungsleistung einer Ärztin/eines Arztes. Der mitgliederstärkste Familienverband in Deutschland, der Familienbund der Katholiken, hat daher zurecht in seiner Stellungnahme die Begünstigung höherer Einkommensgruppen durch die Einführung eines Elterngeldes als falschen Weg bezeichnet und stattdessen die Bundesregierung aufgefordert, vorrangig finanzielle Mittel für Familien zur Beseitigung kindbedingter Armut einzusetzen.

Zur Herstellung finanzieller Gerechtigkeit für Familien hat die CDU/CSU-Fraktion in ihrem Steuerkonzept einen Steuerfreibetrag von 8 000 Euro für jedes Familienmitglied vorgesehen. Keine Familie soll deshalb auf Sozialhilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sein, weil sie die Kosten für ihre Kinder alleine nicht aufbringen kann. Weiterhin soll der Privathaushalt als Arbeitgeber anerkannt werden, wenn Kosten für Betreuung und Pflege anfallen. Dies bietet

die Chance, haushaltsnahe Dienstleistungen aus der Schwarzarbeit zu holen und gleichzeitig Familien zu entlasten. Zur Verbesserung der Förderung junger Familien ist es notwendig, die Zielgenauigkeit von Transferleistungen für Familien zu prüfen sowie Kindergeld und Erziehungsgeld zu einer neuen Leistung weiter zu entwickeln. Obwohl es viele verschiedene Leistungen gibt, fühlen sich viele Familien oft nicht ausreichend unterstützt. Durch die Zusammenführung der verschiedenen familienpolitischen Leistungen könnten diese transparenter und somit von den Betroffenen besser nachvollzogen werden.

Mit dem Angebot an vielfältigen und bedarfsgerechten Betreuungsangeboten für Kinder sollen Eltern sowohl bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsaufgaben als auch bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt werden. Damit kann dem Wunsch insbesondere von Müttern nach einer Erwerbstätigkeit besser entsprochen werden. Gerade im Hinblick auf die demografische Entwicklung ist der Ausbau von Angeboten der Kinderbetreuung wichtig, um Paaren die Entscheidung für Kinder zu erleichtern. Dabei reicht es nicht, auf Bundesebene eine bessere Infrastruktur der Betreuungsangebote zu fordern, gleichzeitig müssen die Kommunen die finanziellen Rahmenbedingungen erhalten, um diese Forderungen auch umsetzen zu können.

Einen besonderen Schwerpunkt setzen CDU und CSU dabei auf den Ausbau der Tagespflege als qualifiziertes Angebot der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern. Gerade aufgrund der flexiblen Betreuungszeit trägt die Tagespflege dazu bei, dass Eltern, insbesondere allein Erziehende, Familie und Erwerbsarbeit besser miteinander verbinden können. Neben der flexiblen Gestaltungsmöglichkeit der zeitlichen Einteilung ist auch die Gestaltung der pädagogischen Arbeit individuell und zielgruppenspezifisch möglich. Die Tagesbetreuung von Kindern ist ein entscheidender Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ihre Stärken und Vorzüge sollten weiter ausgebaut und gefördert werden.

Zudem müssen Kinder früher und intensiver gefördert und gefordert werden, wie zahlreiche Studien (TIMSS, PISA, IGLU) belegen. Dies gilt sowohl für die Erziehung und Bildung vor Eintritt in die Schule als auch für die Schulzeit selbst. Die bessere Betreuung und Bildung von Kindern ist für CDU und CSU ein wichtiges Anliegen. Dies wird bereits im Antrag „Elternhaus, Bildung und Betreuung verzahnen“ (Bundestagsdrucksache 15/3488) deutlich zum Ausdruck gebracht. Vor allem unionsregierte Bundesländer haben Bildungspläne für Kinder bis zum zehnten Lebensjahr vorgelegt, die gemeinsam von allen Verantwortlichen – Eltern, Fachkräften, Trägern der Einrichtungen und Politik – umgesetzt und verantwortet werden müssen.

Damit junge Menschen wieder Vertrauen und Sicherheit in die Zukunft haben, brauchen wir mehr Kinderfreundlichkeit im Alltag. Dazu gehören ausreichende Spiel- und Freizeitmöglichkeiten, mehr Sicherheit im Straßenverkehr sowie Kinder- und Familienverträglichkeitsprüfungen, z. B. bei Spielplätzen, Sportanlagen, Gehwegen und Grünanlagen. Alle Politikfelder sind gefordert, kinder- und familienfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen, Rahmenbedingungen, die Familien, Kinder und Jugendliche stärken.

Die Bedeutung der Familien muss in allen, nicht nur im gesellschaftspolitischen Bereich, stärker verankert werden. Eine gute und nachhaltige Familienpolitik zeichnet sich dadurch aus, dass Familien mit ihren Kindern besser unterstützt und entlastet werden. Familien müssen die Möglichkeit erhalten, aktiv an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt zu werden. Gerade vor Ort bieten z. B. kommunale Familientische die Möglichkeit, Menschen unterschiedlicher Berufe und Hintergründe an einen Tisch zu bringen, um sich dort mit konkreten Problemstellungen aus dem Bereich der Familienpolitik zu befassen. Durch den unmittelbaren Bezug zur Lebenssituation der Betroffenen und den direkten

Kontakt zueinander können neue Konzepte und praxisbezogene Lösungsansätze erprobt und umgesetzt werden.

Unsere Jugend ist unsere Zukunft und deshalb ist es notwendig und wichtig, ihnen Zukunftsperspektiven aufzuzeigen, die ihnen Mut machen und sie motivieren.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes kommen auf 1 000 Einwohner durchschnittlich 8,7 Geburten. Hält dieser Zustand weiter an, prognostizieren Experten einen dramatischen Rückgang der Bevölkerung bei gleichzeitigem Anstieg älterer Menschen und einem Abnehmen junger Menschen. Die Zahl der unter 20-Jährigen wird derzeit von 17 Millionen bis zum Jahr 2050 auf etwa 12 Millionen zurückgehen.

Neben der Partizipation von Familien an politischen Entscheidungsprozessen ist eine frühzeitige Heranführung von Kindern und Jugendlichen an Politik ein wichtiger Grundbaustein in der Entwicklung des Politikverständnisses. Umso wichtiger ist es, dass die junge Generation auch die Möglichkeit erhält, sich aktiv durch Mitbestimmung an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer und internationaler Ebene wird den Belangen der Jugendlichen zu wenig Beachtung geschenkt. Sie haben leider nur begrenzte Möglichkeiten, ihre Wünsche und Bedürfnisse in politische Entscheidungsprozesse aktiv einzubringen. Die Schaffung ausreichender Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche ist aber eine wichtige Voraussetzung, um sie stärker für Politik zu interessieren.

Ein Politikfeld, das gerade Jugendliche interessiert, ist die Gesundheit. Schönheitsideale werden durch die Medien verstärkt verbreitet und die Zielgruppe hat sich mittlerweile über Mädchen auch auf die Jungen übertragen. Fatale Folgen sind erkennbar: krankhaftes Essverhalten, Magersucht, Fettsucht, Fehlernährung.

Falsche Ernährung ist immer häufiger die Ursache für Krankheiten. So sind nach Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) rund eine Milliarde Menschen übergewichtig. Nach Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation liegt die Veranlagung für Übergewicht im Erwachsenenalter in der Kindheit begründet. In Deutschland ist inzwischen jeder dritte Jugendliche und jedes fünfte Kind übergewichtig (3,5 Millionen unter 18-Jährige). Die Zahl übergewichtiger Schulanfänger hat sich in den vergangenen Jahren mehr als verdoppelt. Übergewicht findet seine Ursache in vielen Faktoren, bei Kindern und Jugendlichen spielt auch das erzieherische Engagement der Eltern eine wichtige Rolle. Ergänzende Ernährungserziehung sollte bereits im Kindergarten beginnen und sich in der Schule fortsetzen.

Auf der anderen Seite steigt aber auch die Zahl der unterernährten Kinder und Jugendlichen in Deutschland ständig – mit ähnlichen Folgeproblemen für den Einzelnen wie bei Übergewicht.

Ziel muss es sein, Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen, die durch Über- oder Mangelernährung wie auch durch Bewegungsmangel verursacht werden, zu bekämpfen. Dazu sollte sich jeder ein hinreichendes Wissen über die Grundsätze von Ernährung und gesunder Ernährung aneignen, das ihn dazu befähigt, Essen zu genießen und sich dabei ausgewogen und gesund zu ernähren. Darüber hinaus muss für eine nachhaltige Förderung von Bewegung und Sport bei Kindern und Jugendlichen gesorgt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Zusammenwirken mit Ländern und Kommunen

- wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um Kinder und Jugendliche vor materieller Armut zu schützen und auf nationaler, europäischer und internationaler

Ebene einen offensiven Dialog zur besseren sozialen Integration von Kindern und Jugendlichen anzustoßen;

- darzulegen, welche Maßnahmen konkret unternommen wurden, um mehr jungen Menschen eine Chance auf einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz zu geben, und welche Ergebnisse erzielt wurden;
- im Rahmen von Gesetzesvorbereitungen die Belange von Kindern und Familien besonders zu berücksichtigen;
- die frühkindliche Bildung in Tageseinrichtungen und Tagespflege deutlich zu verbessern;
- zu prüfen, inwieweit die Tagespflege, auch private Formen der Tagespflege aufzuwerten und stärker in die öffentliche Förderung einzubeziehen sind;
- die Tagespflege quantitativ und qualitativ auszubauen und die Rahmenbedingungen für die Tagespflege zu verbessern;
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aktiv zu fördern und entsprechende Projekte anzubieten;
- geeignete Beteiligungsformen für Familien zu fördern und weiterzuentwickeln;
- eine einheitliche Strategie zur Bekämpfung der Über- und Fehlernährung vorzulegen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, sowie Bewegung und Sport bei Kindern und Jugendlichen zu fördern;
- die Problematik der Über- und Unterernährung und des Bewegungsmangels auf europäischer Ebene stärker ins Bewusstsein zu rücken und sich verstärkt für eine gemeinsame Vorgehensweise innerhalb der EU einzusetzen.

Berlin, den 19. April 2005

Ingrid Fischbach

Maria Eichhorn

Dr. Maria Böhmer

Antje Blumenthal

Klaus Brähmig

Thomas Dörflinger

Markus Grübel

Siegfried Helias

Ernst Hinsken

Gerlinde Kaupa

Werner Lensing

Walter Link (Diepholz)

Laurenz Meyer (Hamm)

Michaela Noll

Rita Pawelski

Ruprecht Polenz

Hannelore Roedel

Dr. Andreas Scheuer

Angela Schmid

Willi Zylajew

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

